Roter Faden

Zeitung der Diepholzer SPD

Europawahl 7. Juni 2009

Es ist wichtig, wer die politische Mehrheit hat in der EU

Im Jahr 2004 gingen nur 35% der Diepholzer zur Europawahl.

Aber: Rund 60 Prozent aller Gesetze haben ihren Ursprung in Brüssel. Schon morgens beim Zähneputzen kommt man spätestens das erste Mal mit europäischer Gesetzgebung in Berührung. Die gute Trinkwasserqualität ohne Blei oder Nitraten beruht auf einem eurochen Gesetz. Viele amagliche Verbesserungen haben ihren Ursprung in Brüssel: beispielsweise Vorgaben für eine saubere Luft, zwei Jahre Garantiefristen für Konsumgüter, Verbilligung der Handygebühren aus dem Ausland, Sicherheit von Kinderspielzeug, Qualität der Lebensmittel und vieles mehr.

Was unterscheidet die SPD von anderen Parteien?

Wir brauchen mehr betriebliche Mitbestimmung. Aber auch im Umwelt-

und Verbraucherschutz liegen Aufgaben vor uns. Die Lebensmittel und Konsumgüter sollen noch sicherer werden. Elektrogeräte können und sollten viel stromsparender sein als bisher. Hersteller müssen insgesamt mehr darauf achten, dass Abfall vermieden werden kann und Rohstoffe wiederverwertet werden. Für den Klimaschutz brauchen wir mehr Investitionen in regenerative Energien und Energieeffizienz. Dies ist ein wichtiger Motor für die Modernisierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Alle müssen Zugang zu einer guten Grundversorgung haben. Deshalb gehören Sparkassen, Stadtwerke, ÖPNV sowie Wasserversorgung in öffentliche Verantwortung. Dass es ohne Europa nicht geht, ist angesichts der globalen Finanzkrise noch einmal mehr als deutlich geworden.

Wir brauchen mehr Sozialdemokratie in Europa Dafür bitten wir am 07. Juni um ihre Unterstützung. Unser Kandidat für das EU-Parlament, Bernd Lange, steht für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Das soziale Europa sind wir!

Die Legalisierung von mehr als 60 Wochenstunden Arbeitszeit für Arbeitnehmer war in den letzten 5 Jahren ein zentraler Beschluss der konservativen EU-Mehrheit (Arbeitszeitrichtlinie). Die Beschäftigten in Deutschland wurden dadurch massiv verunsichert.

Wir Sozialdemokraten wollen das korrigieren.

Stärkung des Mittelstandes und der Bürgerrechte

Die Sozialdemokraten treten für eine EU-Verlagerungskontrolle ein, damit reine Betriebsverlagerungen eingeschränkt und nicht auch noch subventioniert werden.

EU-Programme müssen auf ihre Beschäftigungswirkung im Mittelstand überprüft werden. Es muss Schluss sein mit einem Steuerwettbewerb der niedrigsten Sätze. Nötig sind europaweit abgestimmte unternehmensbezogene Steuern. Um das durchzusetzen, muss es im EU-Parlament eine sozialdemokratische Mehrheit geben. Von den Konservativen gab es in den letzten 10 Jahren keine entsprechenden Initiativen.

Schließlich braucht die Welt einen neuen Ordnungsrahmen für den Finanzsektor, damit der Kasinokapitalismus gestoppt wird und Finanzprodukte und Risiken nicht mehr unkontrollierbar Unternehmen und Verbraucher überschwemmen.

Liebe Bürger: WIR sind FÜR EUCH da. Wir arbeiten für euch und eure Ideen und Wünsche für unsere Stadt. Wir verlieren uns nicht in unsinnigen/ unsachlichen Parteiengeklüngel. Uns geht es NUR um die Sache und dafür kämpfen wir. Wir "gewinnen" nicht immer, aber ihr könnt darauf zählen, dass wir euch zu hören, mit euch diskutieren und EUCH und eure Anliegen ernstnehmen.

SPD zieht positive Halbzeitbilanz

Halbzeit. Zur Hälfte der Wahlperiode zogen die Sozialdemokraten eine positive Bilanz ihrer Ratsarbeit in der Kreisstadt. Gleichzeitig bestätigte die SPD-Fraktion ihre Führungsmannschaft einstimmig.

SPD Fraktionssprecher Manfred Albers machte deutlich, dass die SPD-Fraktion mit Beharrlichkeit Einfluss auf die Politik im Rat der Stadt Diepholz genommen habe. Im Dialog mit den Bürgern in der Stadt haben die Sozialdemokraten Ideen für Diepholz entwickelt. SPD-Anträge haben den Diskussionen wesentliche Impulse gegeben.

Fraktionsvorstand einstimmig bestätigt

Auch wenn ein Großteil unserer Anträge abgelehnt wurde haben wir Sozialdemokraten wichtige Projekte durchgesetzt, erklärte Albers. Wir brauchen einen Kurswechsel in der

Baulandpolitik und sinnvolle Konzepte für die Stadtentwicklung. Die Fehler in der Jugendarbeit und Wirtschaftsförderungspolitik müssen korrigiert werden. Auch wenn die Mehrheit viele Weichen falsch gestellt hat oder auf der Bremse steht. wird die SPD weiter aktiv für Diepholz arbeiten, skizzierte Albers die Aufgabenstellung für die zweite Halbzeit.

AB in den Sommer



Kleinkindbetreuung: Vielfalt in der Betreuung und Qualität im Angebot

Endlich: In Diepholz hat die erste Krippe mit 15 Plätzen für die Kleinkindbetreuung eröffnet. Die Krippe wird von der Lebenshilfe betrieben und ist in den Schlossgärten zu finden. In der letzten Jugendausschusssitzung fiel die Entscheidung, mit der Michaelis Kirchengemeinde einen Betriebsführungsvertrag für eine weitere Krippe mit 15 Plätzen auf den Weg zu bringen. Der Weg dahin verlangte den wartenden Eltern viel Kondition ab. Bereits 2006 zog die Diepholzer SPD mit der Forderung in die Kommunalwahl, dass

neben der Stärkung der Tagesmütter Arbeit auch die Einrichtung von Krippen erfolgen müsse. Schon vor drei Jahren vermutete der SPD-Ortsverein nach vielen Gesprächen einen entsprechenden Bedarf bei den jungen Familien. Nach der Kommunalwahl verhinderte die CDU im Rat durch einen Strukturziel-Beschluss, dass für die Betreuung der unter drei Jahre alten Kinder, Krippenplätze überhaupt in Frage kommen. Keine Frage, die Krippe sowie eine von der SPD beantragte verbesserte Bezahlung der Tagesmütter (bislang erhalten diese 3,70 Euro pro Kind und Stunde) kosten Geld. Aber was kostet es der Gesellschaft, wenn El-

tern keine Unterstützung finden, fragt Ratsfrau Sonja Syrnik. Am Ende sorgte der bundespolitische Druck dafür, dass der Antrag zur Krippenbetreuung 2007 erneut auf Initiative der Sozialdemokraten in die Fachausschüsse kam. Zur hervorragenden

Arbeit von Tagesmüttern und Kindertagesstätten
tragen demnächst
auch die Krippe
zur Marke Familienfreundlichkeit
der Stadt Diepholz
bei. Mit Zufriedenheit nimmt die Diepholzer SPD zur
Kenntnis, dass die
Begleitung der Ar-

beit der Tagesmütter durch die engagierte Kontaktstel-

le weiterhin in dem DF Haus am Lappenberg stafinden kann. Der Die holzer DRK-Ortsvere kann sich vorstellen, Trägerschaft der seit Jahren erfolgreich wachsenen Arbeit zu übnehmen.





Neuer SPD-Parteivorstand

Zu ihrer Jahreshauptversammlung trafen sich die Diepholzer Sozialdemokraten im Hotel Castendiek in Sankt Hülfe. Im Mittelpunkt der Versammlung stand, neben Arbeitsberichten und Ehrungen die Neuwahl des Parteivorstandes. Helga Brey, seit 2003 Vorsitzende des Ortsvereins, kandidierte nicht wieder.

Und das ist der neue Vorstand:

v.l.n.r: Ute Gorten-Dinkel, Anke Kramer, Manfred Beste, Karl Dinkel, Dagmar Brinkmann-Schwieger, Vorsitzender Ingo Estermann, Sonja Syrnik, Giuseppe Cefariello, Sigrid Appenroth

Konjunkturpaket II in Diepholz: Eindeutige sozialdemokratische Handschi

dam größten Konjunktu-aket in der Geschichte des Landes auf die schwierige wirtschaftliche Lage. Mit rund 50 Milliarden Euro werden Arbeitsplätze gesichert, Zukunftsmärkte erschlossen und die öffentliche Infrastruktur nachhaltig gestärkt.Die Umsetzung des Konjunkturpakets begann in Diepholz im Februar 2009 mit einem Antrag der SPD-Fraktion.

Deutschland reagiert mit Die aus Berlin verteilten finanziellen Mittel fallen iedoch nicht vom Himmel. Sie sind Schulden, die später zurückgezahlt werden müssen. Entscheidend für unsere Zustimmung war, die nachhaltige Wirkung der für Diepholz vorgeschlagenen Projekte, betont SPD-Vorsitzender Ingo Estermann. Investiert wird das Geld in die Medienausstattung für Grundschulen, die Fassaden-

dämmung sowie in die Durchführung energetischer Maßnahmen an Grundschulen und Kindergärten. Die städtebauliche Platzgestaltung des Bremer Ecks wird ebenso bezuschusst. Die Erneuerung und Dämmung des Schwingbodens in der Mühlenkamp-Sporthalle ist ein weiteres Projekt. Unser Erfolg ist die endgültige Sanierung des alten Kindergartens in Sankt Hülfefür die Ganztagsschule mit Hortbetrieb. Die Argumente von SPD und Verwaltung haben die CDU überzeugt, ihre Neubaupläne aufzugeben, freut sich Ratsfrau Helga Brey. Insgesamt investiert die Stadt Diepholz rund 1,4 Millionen Euro zusätzlich. Die durch Kredite finanzierte Eigenbeteiligung der Stadt liegt bei 310.700 Euro.

ASF - Frauen in der SPD

Lack Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) befasst sich mit aktuellen Themen wie Stadtentwicklung in Diepholz (Rückbau Mollerstraße, Umgestaltung Bremer Eck, Zukunft des Marktplatzes). Stadtteilladen (Sicherstellung einer warmen Mahlzeit), Wahlen (Infostände) und vieles mehr. Interessierte Frauen, die ihre Meinung in die Diskussion einbringen möchten und jede Meinung ist uns wichtig sind herzlich eingeladen, an



den regelmäßigen Treffen teilzunehmen. Sie finden an iedem 3. Mittwoch im Monat statt.

Kontaktaufnahme bei Interesse mit Ines Heidemann, Vorsitzende der ASF, unter 05441/3246 oder per Mail

heidemann.ines@web.de.

Demokratie lebt...

Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie haben Ideen und Anregungen, mit denen sich die Stadt Diepholz auch in Zukunft gut entwickeln kann? Vielleicht wollen Sie die Dinge selbst anpacken?

Dann sollten wir miteinander sprechen!

Ansprechpartner:

Ingo Estermann (Parteivorsitzender) Tel. 508836



Manfred Albers (Fraktionsvorsitzender) Tel. 8547











Offensive in der Wirtschaftsförderung

Die wichtigste Aufgabe der Unternehmen besteht darin, Menschen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen eine sichere Perspektive zu bieten.

Mit der Diepholzer SPD verfügen die Unternehmen und ihre Mitarbeiter neben der Stadtverwaltung über Partner, die offen für neue Wege sind. Wirtschaftsförderung reduziert sich für die SPD nicht nur auf die Verteilung von Zuschüssen aus Steuergeldern.

Wenn aber Fördermittel verteilt werden müssen sie Maßnahmen unterstützen, die zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beitragen.

Die Unterstützung von zusätzlichen Ausbildungs-

plätzen und die Entwicklung der Innenstadt sind ebenso wie die Unterstützung von Existenzgründungen und ökologischen Investitionen Projekte, deren Förderung die Sozialdemokraten in das Wirtschaftsförderprogramm einfügen wollen.

Ein weiterer Unterschied zur CDU: Von dort wurde verhindert, dass Investitionssummen von unter 100.000 Euro beachtet werden.

Die Unternehmen, die mit geringeren Investitionen nicht das CDU-Minimum von 100.000 Euro erfüllen, aber dennoch Arbeitsplätze schaffen, werden nach unseren Vorstellungen ebenso gefördert, erklärt Ratsherr Bernt Streese. Ein erstes Ziel hat die SPD schon ietzt erreicht: Die anderen Ratsfraktionen wollen die Förderrichtlinien wieder verändern. Sie vollziehen damit eine von den Sozialdemokraten seit

1,5 Jahren beständig vertretene Forderung.



1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 * 2006: Reichensteuer ab 250.000 € Jahreseinkommen für Ledige (500.000 € für Verheiratete)

7.664 € 7.664

Beschäftigte im deutschen Gesundheitswesen

6 681 €

Ouelle: BMF





Rolf Kramer

ANPACKEN. FÜR UNSER LAND.

heitswesen bietet für alle Bürger ein flächendekkendes Angebot an Gesundheitsleistungen und einen hohen Versorgungsstandard, und dies unabhängig von Alter und Einkommen.

Das deutsche Gesund-

Die SPD will das Gesundheitswesen qualitativ auf hohem Stand und gleichzeitig finanzierbar erhalten. Das ist die Herausforderung, vor der unsere Gesundheitspolitik heute und auch in Zukunft steht. Dazu bedarf es eines umfassenden Systems gesundheitlicher Sicherung, das allen Bürgern wirksam

und ohne Hindernisse zur Verfügung steht. Mit der Gesundheitsreform wurde das Gesundheitssystem auf allen Ebenen weiterentwickelt und eine Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht.

Für die SPD bleibt die Bürgerversicherung das Ziel

Aus Sicht der SPD wären noch weitere, mutigere Schritte nötig gewesen. Dazu gehört z. B. die Einbindung der privaten Krankenversicherung in das solidarische Gesundheitssystem oder der weitere Ausbau der Steuerfinanzie-

rung unseres Gesundheitssystems.

Dies ist mit der Union jedoch nicht möglich gewesen. Die SPD wird jedoch den Weg zu mehr Solidarität im Gesundheitswesen konsequent weitergehen.

Politisches Ziel bleibt für mich deshalb die solidarische Bürgerversicherung.

Dazu braucht es im Herbst

neue Mehrheiten in Berlin unter Führung der SPD. Impressum: Herausgeber SPD

SPD Ortsverein Diepholz Ingo Estermann (Vorsitzen V.i.S.d.P.G. Barlager Weg 50c Telefon: 05441 / 50 88 36 Mobil: 0163 / 243 82 86

Gestaltung: Kai Syrnik